D-Day – 70 Jahre danach In der Normandie wird die Erinnerung an einen Wendepunkt der europäischen Geschichte beschworen. Doch geht es bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs längst nicht nur um eine Würdigung der Vergangenheit. Sie haben vielmehr die Gegenwart fest im Blick: Gastgeber François Hollande seine angeschlagene Nation und seine Gäste die neueste Krise des Kontinents

Viele Opfer, viele Helden

Frankreichs Präsident will seinen Landsleuten Mut machen – er hofft auf die inspirierende Kraft der Geschichte

VON CHRISTIAN WERNICKE

Es ist sein Tag, und François Hollande will ihn nutzen. Für die Nation, für sich selbst. Den ganzen Tag lang wird das französische Fernsehen den Präsidenten ablichten, die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie bieten ihm die große Bühne. An diesem Freitag sollen ihn alle mit anderen Augen sehen: nicht als den unpopulärsten Bewohner des Élysée-Palastes in der Geschichte der Fünften Republik, nicht als den verzagten Sozialisten, der längst auch die eigenen Anhänger enttäuscht. François Hollande nutzt die Historie des D-Days, um seinen Landsleuten eine Geschichte zu erzählen: von Opfern und von Helden.

„Wenn wir die Vergangenheit betrachten mit ihrem Ruhm wie mit ihren Wunden“, so sprach Hollande im vergangenen November, „dann werden wir stärker unserer selbst bewusst – und unserer Fähigkeit, unsere Zukunft zu meistern.“ Damals redete das Staatsoberhaupt von dem anderen, dem Ersten Weltkrieg, und er fügte einen Dreiklang hinzu: „Réformer, réunir, réussir!“ (verbessern, vereinen, gelingen). Das sei „der Marschbefehl“. Denselben Grundton wird der Präsident anschlagen, wenn er nun den 6. Juni 1944 würdigt, den Beginn der Befreiung Frankreichs und Europas. Er will, dass seine kriselnde Nation Kraft saugt aus ihrer Geschichte. Und dass sich sein Volk, laut Umfragen in tiefstem Pessimismus verfangen, ein wenig aufrichtet. An der eigenen Geschichte.

Nichts hat er dem Zufall überlassen. „Sogar kleinste Details“ der Inszenierung dieses Tages, so räumt man ein im Élysée, habe der Präsident selbst entschieden. Die Trauer am Morgen, die Geste am Mittag, die Heldenverehrung am Nachmittag – überall setzt er eigene Akzente.

Die erste Geschichtsstunde erteilt François Hollande seinen Franzosen morgens um 9 Uhr. Vor dem Memorial in Caen gedenkt der Präsident der 3000 Zivilisten, die am D-Day starben. Die meisten von ihnen waren Opfer alliierter Bombenangriffe, mit denen Briten und Amerikaner die deutschen Besatzer daran hindern wollten, ihre Truppen an der umkämpften Küste zu verstärken. Während der hunderttägigen Schlacht um die Normandie starben mehr als 20 000 Franzosen. „Es war lange politisch nicht korrekt, darüber zu reden“, bezeugt Christophe Prime, der als Historiker im Mémorial von Caen forscht.

Erst seit zehn, 15 Jahren spricht Frankreich auch über die zivilen Opfer der Landung

Statt Bahnhöfe, Straßen oder Fabriken trafen viele alliierte Bomben damals Wohnhäuser, Schulen oder Hospitäler. Bis September 1944 versanken Städte wie Caen oder Le Havre in Schutt und Asche. Die Nazi-Propaganda wie die Marionettenregierung in Vichy hatten damals das Leid der Zivilbevölkerung ausgeschlachtet. Später legte der Kalte Krieg seinen Schleier über diese bittere Erinnerung, nun brauchte Frankreich die Amerikaner als Schutzmacht gegen die sowjetische Bedrohung. „Erst seit zehn, fünfzehn Jahren“, so Christophe Prime, werde offener über diesen Teil des Horrors geredet: „Es ist fast eine natürliche Entwicklung. Die Veteranen sterben, also hört man nun die Stimmen der zivilen Opfer, die damals noch Kinder waren.“ Erst jetzt, 70 Jahre danach, strahlte der staatliche Fernsehsender France 3 eine erschütternde Dokumentation über „Frankreich unter den Bomben der Alliierten“ aus. Insgesamt, so schätzen Historiker, habe der Sprengstoff der Befreier fast 60 000 Franzosen getötet. Hollande besiegelt in Caen nun per Staatsakt das offizielle Ende dieser nationalen Verdrängung.

Hollande darf aber auch nicht die anderen Opfer jener Tage vergessen – die Toten, die die Deutschen auf dem Gewissen haben. Am Tag der alliierten Landung ermordeten Angehörige der Waffen-SS im Gefängnis von Caen 87 Häftlinge, die meisten von ihnen Angehörige des französischen Widerstands, der Résistance. Auch vor ihnen wird sich der Präsident am Memorial verneigen.

Noch zehn französische Veteranen der Landung leben – sie sollen zu Nationalhelden ernannt werden

Auch Hollandes zweite Lektion ist eine Verbeugung vor der Résistance. Denn zum Mittagessen lädt der Präsident seine hohen Gäste, unter ihnen 19 Staats- und Regierungschefs, nicht zufällig ins Schloss von Bénouville (siehe nebenstehenden Bericht). Vor 70 Jahren war der prächtige Bau ein Entbindungsheim – und ein Hort des Widerstandes. Direktorin Léa Vion, genannt „La Comtesse“, hatte vor der Landung wichtige Informationen über deutsche Truppenbewegungen geliefert. In den Kellergewölben des Schlosses versteckte sie Landsleute, die der Deportation zum Arbeitsdienst in Hitlerdeutschland entkommen wollten. Oder abgeschossene alliierte Piloten. Eine sehr patriotische Geschichte also. Eine, die Mut machen soll.

Genau diesem Zweck dient ebenso Hollandes dritte Lehrstunde, inszeniert am Nachmittag im Seebad Ouistreham. Die internationale Gedenkfeier mit 8000 geladenen Gästen ehrt sämtliche 150 000 Soldaten, die bei der größten Landungsoperation aller Zeiten innerhalb eines Tages in der Normandie ankamen. Aber es hat einen sehr französischen Grund, dass der Präsident diesen Sandstrand auswählte: Hier stürmten vor 70 Jahren auch 177 Franzosen ans Ufer, um ihre Heimat zu befreien.

Die 177 Männer des „Kommando Kieffer“, benannt nach ihrem Chef Philippe Kieffer, trugen die Uniformen britischer Elitetruppen, als sie am 6. Juni 1944 deutschem MG-Feuer trotzten. Als Freiwillige hatten sie in England trainiert, am Abend des D-Day waren bereits zehn von ihnen gefallen, 34 weitere verletzt. Ihre abenteuerliche Geschichte ist bestens geeignet zum nationalen Heldenepos – und doch bis heute Millionen Franzosen unbekannt. „In der Schule habe ich davon nie gehört“, sagt der junge Historiker Benjamin Massieu, der gerade ein Buch über Kieffer geschrieben hat, „diese Geschichte wurde nie Teil der Mythologie des befreiten Frankreichs.“

Schuld daran war Charles de Gaulle. Nach dem Krieg zelebrierte der General und Präsident stets andere Helden – die Résistance-Kämpfer oder die Soldaten seiner Exilarmee. Erst seit 1984 steht in den Dünen von Ouistreham ein lokales Denkmal, und erst 2004 nahm die Republik all diese Veteranen in ihre Ehrenlegion auf. Zehn von ihnen leben noch. Hollande wird sie am Freitag zu Nationalhelden promovieren. Vielleicht wird er dabei sogar de Gaulle zitieren. Mit einem Satz, den er liebt: „Aus der Vergangenheit entspringt die Hoffnung.“

Eine gigantische Operation: Der Fotograf Macdiarmid hat an den Schauplätzen historischer Aufnahmen heute fotografiert und die Bilder übereinandergelegt: Omaha Beach am Tag nach D-Day und die Kleinstadt Sainte Mère Eglise. FOTOS: GETTY

Zusammen, aber doch getrennt

Er mag ihm wohl nicht wirklich gern begegnen. Aber er muss, spätestens am Freitagmittag gegen kurz nach zwölf Uhr. Dann nämlich wird Barack Obama, der Amerikaner, denselben Raum betreten wie Wladimir Putin, der Russe. Der feine „Salle à manger“ im Erdgeschoss von Schloss Bénouville ist vergleichsweise klein: Auf vielleicht acht mal zwölf Metern kann man einander schwerlich ausweichen. Nicht, wenn man dort fast zwei Stunden lang verweilt.

Also wird Obama zumindest ein paar Worte mit Putin wechseln müssen, ein bisschen Small-Talk vielleicht. Putin hatte bereits vorab per Interview im französischen Fernsehen mitgeteilt, alles hänge von Obama ab: „Es ist seine Wahl, ich bin bereit zum Dialog.“

François Hollande, der französische Präsident und Gastgeber der D-Day-Gedenkfeierlichkeiten, jedenfalls hat vorgebaut. Der gedeckte Tisch, an dem rund 40 Ehrengäste unter zwei Kronleuchtern platziert werden, beschreibt die Form eines großen U – getrennt, am Ende eines jeden Beins, sitzen die Herren aus Moskau und Washington. Das ermöglicht es, den russisch-amerikanischen Kontakt auf ein Minimum zu beschränken. Sollten die beiden jedoch länger und unter vier Augen reden wollen, bitte schön, auch das ginge: Über die große marmorweiße Treppe führt der Weg hinauf in die oberen Etagen, wo sich Séparées für Zwiegespräche befinden.

Am Tag zuvor, am Donnerstag, hatte es dem Franzosen einige Mühe abverlangt, seine beiden Gäste gleichermaßen würdig wie strikt getrennt zu empfangen. Obama wie Putin weilten da in der Hauptstadt, zum „Kalten Krieg in Paris“, wie der *Figaro* titelte. Ein protokollarischer Balanceakt, mit klarem Vorteil für den Amerikaner: Der wurde von François Hollande zuerst begrüßt, und zwar in einem Pariser Edellokal und mit einem vollwertigen „dîner“, einem Abendessen. Der Russe kam erst danach dran. Zwar durfte Putin zu Hollande in den Élysée-Palast kommen – aber eben nur zum „souper“, einem leichten, kürzeren Abendmahl. Das wird nach Pariser Gepflogenheiten nach einem Besuch im Theater oder in der Oper serviert. Also dann, wenn der eigentliche Höhepunkt des Abends schon vorüber ist. CWE

Ganz, ganz vorsichtig

Wie Angela Merkel im Konflikt um die Ukraine zu vermitteln versucht

Als Petro Poroschenko vor vier Wochen zum ersten Mal Angela Merkel besuchte, blieb die Presse noch außen vor. Der ukrainische Schokoladenfabrikant kam quasi als politisch engagierter Privatmann ins Kanzleramt. In so einem Fall sieht das Protokoll keine öffentlichen Auftritte vor. Am Donnerstag hingegen gab es nicht nur ein warmes Abendessen, sondern mutmaßlich auch einige warme Worte für den Gast aus Kiew. Und der designierte Präsident der Ukraine durfte sich mit Merkel den Kameras stellen, obwohl er nach seinem klaren Wahlsieg vom 25. Mai erst am Samstag ins Amt eingeführt wird. Doch Merkel hat keine Zeit zu verlieren.

16 Stunden nach der Begegnung mit Poroschenko wartet schon Wladimir Putin auf die Kanzlerin. Man trifft sich vor den offiziellen Feiern zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten am Freitag in der Normandie. Pi mal Daumen einmal in der Woche haben Merkel und der russische Präsident seit Beginn der Ukraine-Krise miteinander gesprochen, aber immer nur am Telefon. Merkel hat noch vor ein paar Tagen ein wenig flapsig gesagt: „Das, was ich zu sagen habe, ist nicht davon beeinflusst, ob es über das Telefon oder direkt geschieht.“ Aber für das Signal, das von einem solchen Gespräch ausgeht, macht das sehr wohl einen Unterschied.

Symbole sind wichtig in der Außenpolitik. Putin hat vorab in ein Treffen mit François Hollande, David Cameron und eben mit Merkel eingewilligt. Vor allem der französische Gastgeber und der britische Premier dürften angesichts größter innenpolitischer Probleme in ihren Heimatländern froh sein über ihre außenpolitische Aufwertung. Die vielfachen telefonischen Kontakte mit Merkel und die Tatsache, dass Putin sich mit der Kanzlerin nach deren Treffen mit Poroschenko zu einem offiziellen Gespräch trifft, rückt Merkel in eine herausgehobene Position: Es zeigt, dass sie fähig ist, mit den Chefs aller Konfliktparteien jederzeit zu sprechen. In der herkömmlichen Sprache der Diplomatie nennt man so etwas eine Vermittlerrolle, nur deutsche Bundesregierungen mögen das im Allgemeinen nicht und Merkel ganz speziell nicht, weil sie lieber niedrige Erwartungen pflegt, um das Gelingen größer erscheinen zu lassen.

Putin will niemanden meiden – auch Poroschenko nicht

Am Mittwoch hat die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung gesagt, worum es in der Sache geht. Manches in der Ukraine habe sich positiv entwickelt, die Wahlen, von denen man vor ein paar Wochen noch gar nicht wusste, ob sie überhaupt abgehalten würden, hätten ein klares Ergebnis gebracht und seien von der OSZE (der auch Russland angehört) anerkannt worden. Gleichwohl halte die völkerrechtliche Annexion der Krim durch Russland an, die Lage vor allem der Krimtataren verschlechtere sich, und im Osten der Ukraine herrsche noch immer eine „Atmosphäre der Gewalt und der Einschüchterung, die meist von prorussischen Separatisten ausgeht“. Russland komme folglich eine entscheidende Rolle zu. „Wir bemühen uns deshalb darum“, so Merkel, „dass es alsbald zu Kontakten zwischen dem neugewählten Präsidenten in der Ukraine und dem russischen Präsidenten kommt.“

Das könnte schon in der Normandie klappen. Putin selbst schloss eine erste Begegnung mit Poroschenko bei den D-Day-Feierlichkeiten nicht aus: „Ich habe nicht vor, irgendjemandem zu meiden“, sagte der Präsident vor seiner Abreise. NICO FRIED

AUSSENANSICHT

Das alte Festungsdenken

Warum Flüchtlinge und Asylbewerber viel leichter Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt erhalten sollten. *Von Klaus F. Zimmermann*

Kann Deutschland mehr als 10 000 Flüchtlinge „verkraften“, müssen wir einen „Wohlfahrtstourismus“ bekämpfen? Während man sich hierzulande im Stile einer Nabelschau mit solchen Fragen beschäftigt, toben nicht weit entfernt von den Grenzen der EU Bürgerkriege, werden Menschen politisch verfolgt, sind Millionen auf der Flucht. Syrien ist dafür nur ein Beispiel. Die Zeit drängt, dass Europa endlich entschlossen auf die dramatische Flüchtlingsproblematik reagiert. Die Welt erwartet zu Recht, dass sich die EU hier stärker engagiert und die Regionen vor seiner Haustür nicht alleine lässt.

Der kleine Libanon dagegen hat bislang – bei wesentlich schlechteren wirtschaftlichen Voraussetzungen als im reichen Europa – weit mehr als eine Million Menschen aus Syrien aufgenommen. Hinzu kommen rund eine halbe Million Flüchtlinge aus Palästina und dem Irak. Das entspricht weit mehr als einem Viertel der Gesamtbevölkerung des Landes. Der Libanon steht für viele andere Regionen der Welt – vor allem auch in Afrika –, wo Fluchtbewegungen und Migrationsdruck besonders groß sind, die Wanderungen der Menschen aber in der gleichen Region enden und dort die humanitären und wirtschaftlichen Probleme weiter verschärfen. Nur ein Bruchteil der weltweiten Flüchtlinge vor Krieg, Bürgerkrieg, Verfolgung, Armut und Hunger erreicht überhaupt die Grenzen Europas. Gewiss, zuletzt hat sich die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden nicht nur in Deutschland deutlich erhöht; allerdings in einer Dimension, die keinen Vergleich mit dem aushält, was den Staaten in den Fluchtregionen an Lasten und Verantwortung aufgebürdet wird.

Dennoch sind die bekannten Bedenkenträger schnell wieder mit ihren Parolen von „Überforderung“ und „Missbrauch“ zur Stelle. Gerade wegen der Ergebnisse der jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament sollte die EU eine Korrektur ihrer Flüchtlings- und Migrationspolitik einleiten. Das alte Festungsdenken Europas ist dabei die denkbar schlechteste Voraussetzung. Die Lehre aus dem Erstarken der Protestparteien bei den Europawahlen darf nicht sein, deren radikalen Parolen nun eilfertig nachzulaufen.

Denn eine Reform der europäischen Flüchtlingspolitik ist überfällig. Die bisherige Praxis hat die Menschen weder von der Flucht in Richtung Europa abgehalten, noch ist eine angemessene Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU-Staaten verwirklicht. Und diese Praxis ist nicht zuletzt ökonomisch verfehlt, schon weil sie vergeblich versucht, eine strikte Trennung zwischen Flucht und Migration aufrecht zu erhalten, statt die immer stärkere Verflechtung von Wanderungsmotiven und dem eigenen Arbeitskräftebedarf zu berücksichtigen.

Wir streiten, ob 10 000 syrische Flüchtlinge zu viel sind. Der Libanon nahm eine Million auf

Bisher ist für Asylsuchende jeweils der EU-Staat zuständig, den die Flüchtlinge als erstes erreichen – das sind vor allem die Mittelmeeranrainer Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Malta und Zypern. Diese Regelung ist längst nicht mehr praktikabel und verantwortbar, weil sie diesen Staaten enorme Lasten aufbürdet. Stattdessen muss innerhalb der EU rasch ein verlässliches Quotensystem geschaffen werden, das die Verteilung von Flüchtlingen in den einzelnen Mitgliedsländern angemessen organisiert und zugleich den Aufenthalt der Asylsuchenden mit mehr Umsicht und weniger Emotionen gestaltet. Das bereits im Jahr 2010 errichtete Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) sollte stark eingebunden sein und mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden.

In den innenpolitischen Debatten über Zuwanderung wird oft eines übersehen: Ein beachtlicher Teil der Flüchtlinge bringt gute berufliche Qualifikationen mit, die auf vielen europäischen Arbeitsmärkten gesucht werden. Diese Menschen dürften auch überdurchschnittlich motiviert sein. Die verbreiteten Hürden für den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Arbeitsverbote für diesen Personenkreis sind schon lange nicht mehr zeitgemäß, wohl aber mitverantwortlich dafür, dass Asylsuchende häufig mit illegalen Einwanderern gleichgesetzt werden.

Hier wäre eine Reform überfällig. Flüchtlinge und Asylsuchende sollten für die Dauer ihrer Prüfverfahren eine regional beschränkte legale Arbeitsmöglichkeit erhalten und ihren Lebensunterhalt damit selbst erwirtschaften können, statt dass sie zur Untätigkeit gezwungen werden und der Staat sie finanziert. Könnten sie aber für sich selbst sorgen, hätten sie im Falle der Anerkennung verbesserte Startchancen. Auch der Übergang in ein reguläres Zuwanderungsverfahren muss für gut qualifizierte Flüchtlinge möglich werden. Es ist schade, dass wir Europäer bislang solche Wege versperren, obwohl wir doch selbst von einer Reform profitieren könnten.

Die EU braucht nicht etwa weniger Zuwanderung, wohl aber eine bessere Steuerung des Zuzugs und zugleich eine besser abgestimmte Flüchtlingspolitik. Es entscheidet damit auch über strategische Fragen. Afrika als Hauptherkunftsregion von Armutsflüchtlingen steht in seiner wirtschaftlichen Entwicklung trotz einiger Fortschritte weiterhin am Anfang. Viele Staaten dort sind reich an Ressourcen, aber verwundbar durch Naturkatastrophen, ethnische Konflikte oder radikalfundamentalistische Angriffe. Durch eine intensivere Entwicklungszusammenarbeit, durch Angebote bei Ausbildung und Arbeit könnte Europa viel dazu beitragen, Armut und Perspektivlosigkeit als eine Hauptursache von Flucht zu bekämpfen. Denn es fehlt dem afrikanischen Kontinent nicht an den Potenzialen in den Köpfen seiner Menschen.

Auch die Entwicklungszusammenarbeit ist Teil einer vorausschauenden Flüchtlingspolitik und würde ihrer Aufgabe besser gerecht, wenn sie noch stärker auf die lokalen Arbeitsmärkte hin ausgerichtet werden würde. Europa, selbst ein Ergebnis vielfältiger ethnischer Wurzeln, braucht mehr Offenheit und muss jetzt die Weichen für eine zukunftsorientierte Migrations- und Asylpolitik stellen.

Wie jüngst in einer gemeinsamen Erklärung von führenden Arbeitsökonomen aus zehn EU-Ländern gefordert, gilt es, die freie Mobilität von Arbeitskräften innerhalb der Union zu verbessern und der Bevölkerung die ökonomischen Vorteile gezielter Zuwanderung von außen besser darzustellen als bisher geschehen. Sonst haben europa- und migrationskritische Kräfte zu leichtes Spiel und treiben Europa auf einen riskanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kurs. Und die Flüchtlinge werden kommen. Beim EU-Innenministertreffen in Luxemburg hieß es am Donnerstag, die Lage dieser Menschen sei im Mittelmeerraum weiterhin „sehr kritisch“.

Klaus F. Zimmermann, 61, ist Migrationsforscher und Direktor des unabhängigen Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn.

Foto: Carmen Wolf